

Ist die Forderung nach einer 40-Stundenwoche noch aktuell?

vpod Veranstaltung vom 13. März 2013

Mit Katharina Prelicz-Huber (Präsidentin vpod), Luca Cirigliano (Zentralsekretär SGB) und Dr. med. Urs Hinnen (Arbeitsmediziner AEH)

1. Podium

Katharina Prelicz: Der vpod nahm schon mehrere Anläufe für eine 40 h Woche im öffentlichen Dienst. Bisher konnte dafür in den Parlamenten des Bundes und/oder der Deutschschweizer Kantone keine Mehrheit gefunden werden. Ausnahme: In den Kantonen der Romandie ist die 40 h Woche im Service public Realität.

Zum Teil konnte das Handicap der 42 h Woche mit mehr Ferien, bezahlten Pausen oder erleichterter Frühpensionierung kompensiert werden.

Die Forderung nach einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit darf aber nicht aufgegeben werden, dies vor dem Hintergrund, dass in den letzten 20 Jahren die Produktivität auch im öffentlichen Dienst um nahezu 20% gesteigert wurde und es in der Folge immer wieder zu Personalabbaumassnahmen kam. Die Arbeitgeberseite versprach im Gegenzug, die erhöhte Produktivität mit höheren Löhnen und/oder einer Verkürzung der Arbeitszeit zu kompensieren – Dieses Versprechen müssen wir jetzt einfordern. Aus taktischen Gründen darf es dabei nicht bei der Forderung nach 40 h bleiben, sondern wir müssen die 35 Stunden Woche verlangen!

Luca Cirigliano: Im privaten Sektor wurde die 40 h Woche in der Chemie und auf dem Bau umgesetzt. Der Bunde hatte die 41 h Woche, die jetzt auf 41.5 h erhöht werden soll. Die zusätzliche halbe Stunde soll mit Ferien und/oder Sabbaticals kompensiert werden.

Wir stellen aber fest, dass arbeitgeberseitig der Druck auf eine Erhöhung der Arbeitszeit gewachsen ist. Eine besonders perfide Methode ist hier die sogenannte „Vertrauensarbeitszeit“, bei der es keine Arbeitszeiterfassung und Überzeitkompensation mehr gibt, sondern der MA verpflichtet ist, dann und solange zu arbeiten, bis er seine Arbeit (die nie zu Ende ist!) erledigt hat!

Es ist bekannt, dass Flexibilisierungstendenzen immer verbunden sind mit mehr Druck, länger verfügbar zu bleiben und allzeit bereit zu sein (Arbeit auf Abruf!). Eine geregelte und mit geeigneten Methoden erfasste Arbeitszeit schützt demgegenüber immer den Arbeitnehmer.

Interessant: Die EU hält fest, dass ab einer 40 h Woche eine langfristig erträgliche Work/Life Balance möglich ist!

Urs Hinnen: Die Arbeitsmedizin stellt einen Anstieg an „Burnouts“ fest. Gleichzeitig getrauen sich die Menschen nicht mehr, bei der Arbeit zu fehlen, d.h. sie arbeiten auch dann, wenn sie z.B. krank sind (sog. Präsentismus).

Im Einzelfall ist es arbeitsmedizinisch schwierig, Arbeitszeitforderungen präzise festzulegen: Senkung der Wochenarbeitszeit, Einführung der Jahresarbeitszeit, Verkürzung der Lebensarbeitszeit, Verlängerung der Ferien – alles gehört dazu.

Klar ist, dass die Leistungsfähigkeit ab 55 abnimmt, das heisst, ab dann müssen Reduktionsmöglichkeiten vorhanden sein. Akzentuiert werden die Überlastungsprobleme zudem durch Schichtarbeit, und markant ist die Tendenz zu immer mehr Arbeits(zeit)druck im Bereich Büro und Verwaltung.

Siehe auch www.stress-no-stress.ch

2. Diskussion

- Die Befürchtung, dass verkürzte Arbeitszeiten zu mehr Arbeitsdruck führen, muss durch die Forderung nach personeller Kompensation aufgefangen werden.
- Das Ziel einer 40h-Woche muss mit der radikalen Forderung nach einer 35 h Woche anvisiert werden.
- Die Forderung einer Arbeitszeitverkürzung erfordert ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Personalverbänden, Arbeitsmedizinern, Psychologen, Patientenorganisationen etc. (analog „Sonntagsallianz“ gegen Sonntagsarbeit)

3. Fazit

- ☞ Die **Fakten** sind klar: Die Produktivität wurde gesteigert und der Personalplafond tendenziell gesenkt.
- ☞ Die logische **Forderung** lautet daher: Wir wollen jetzt den Lohn für die Produktivitätssteigerung in Form einer spürbaren Arbeitszeitverkürzung.
- ☞ Die **Argumente** liegen auf dem Tisch: Das seco und einschlägige arbeitsmedizinische Institute haben die Fakten gesammelt und analysiert.
- ☞ Es braucht aber **neue Allianzen** zwischen Gewerkschaften, Personalverbänden, Arbeitsmedizinern, Jungparteien etc.